

Unverkäufliche Leseprobe



**Andreas Rödder**  
**Deutschland einig Vaterland**  
Die Geschichte der Wiedervereinigung

495 Seiten, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-56281-5

## Vorwort

# Originaldokument

## © Verlag C.H.Beck

Alles kam anders als gedacht.

Im neuen Europa, in dem die Blockgrenzen an Bedeutung verloren hatten – so stellten sich aufgeschlossene Zeitgenossen im Frühjahr 1989 die Welt in zwanzig Jahren vor –, war Platz für «zwei freie deutsche Staaten»<sup>1</sup> – die Bundesrepublik «in der westlichen, die DDR in der östlichen <Subregion>»<sup>2</sup> –, die «bei aller Treue zum je eigenen Bündnis» eine «fruchtbare und freundliche Nachbarschaft»<sup>3</sup> entwickelt hatten. Nach dem lange erwarteten Führungswechsel war die DDR auf eine Reformpolitik nach dem Vorbild Gorbatschows eingeschwenkt<sup>4</sup>, der die Sowjetunion auf dem Weg der marktwirtschaftlichen Modernisierung und Demokratisierung weit vorangebracht hatte.<sup>5</sup> Auf westdeutscher Seite setzten die Fortschritte im Verhältnis zur DDR die «Erfolgsgeschichte» des «Modells Deutschland» fort, das die mit Abstand stärkste Volkswirtschaft in Europa stellte und sich seit den neunziger Jahren auf den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft konzentrierte, den die neue SPD-Regierung nach dem Wahlsieg über Helmut Kohl 1990 vorangetrieben hatte. Außenpolitisch war die Bundesrepublik zum amerikanischen «partner[] in leadership»<sup>6</sup> aufgestiegen, während die Basis der westlichen Führungsmacht mit dem Schwinden militärischer Herausforderungen erodierte.<sup>7</sup> Da «konfrontative Lösungen» in der Staatenwelt kaum mehr möglich waren, vielmehr die wissenschaftliche, ökonomische und soziale Kraft im Innern über den Rang einer Weltmacht entschied<sup>8</sup>, hatte sich das geeinte Europa als eigenständiger und selbstbewusster internationaler Akteur positioniert.

Im Herbst 1989 aber geriet der «Weltprozeß», wie Jacob Burckhardt über hundert Jahre zuvor die «geschichtlichen Krisen» beschrieben hatte, «plötzlich in furchtbare Schnelligkeit; Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phäno-

mene vorüberzugehen und damit erledigt zu sein.»<sup>9</sup> Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, das Ende des SED-Regimes und der DDR, schließlich die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten beendeten binnen weniger Monate eine Epoche, die Europa und die Welt nach den verheerenden Kriegen und Krisen der ersten Jahrhunderthälfte im eisernen Griff des Ost-West-Konflikts gehalten hatte. Zugleich lag, was 1989/90 geschah, quer zu den großen Tendenzen der Zeit: gerade als Europa sich angesichts der mikroelektronischen Revolution und der wirtschaftlichen Internationalisierung, der Integration seiner Staaten und des postmodernen Wertewandels von der Idee des Nationalstaats klassischer Prägung entfernte, wurde er in Deutschland wieder hergestellt – und dies auf eben jene Weise, die im Westen in längst vergangener Zeit einmal erhofft und inzwischen als unrealistisch abgetan worden war. Die deutsche Einheit war voller Merkwürdigkeiten.

«Deutschland einig Vaterland» ist eine jener Sentenzen, in denen sich deutsche Geschichte wie in einem Brennglas bündelt: drei Worte aus dem Text der Hymne des sozialistischen deutschen Staates mit gesamtdeutschem Anspruch, der angesichts der verfestigten Zweistaatlichkeit seit den siebziger Jahren nicht mehr gesungen wurde, wendeten sich schließlich gegen die DDR selbst, markierten die nationale Wende der friedlichen Revolution hin zur deutschen Einheit – und bezeichneten im unversehens vereinten Deutschland eine wesentlich schwierigere Aufgabe, als man es 1989/90 erwartet hatte.

Diese erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Wiedervereinigung von 1989/90 verfolgt einen vierfachen Anspruch. Erstens spannt sie einen thematischen Bogen von der Bürgerbewegung auf den Straßen der DDR bis zu den Verhandlungen auf dem Parkett der internationalen Diplomatie und von den internationalen Rahmenbedingungen bis zur inneren Ausgestaltung der deutschen Einheit. Zweitens ist sie aus den verfügbaren Quellen geschrieben und führt drittens die Ergebnisse der weit verzweigten nationalen und internationalen Forschungen, die seit 1989 bereits geleistet worden sind, in einer Synthese zusammen. Schließlich will sie, viertens, den zeithistorischen Gegenstand im historischen Zusammenhang der deutschen und internationalen Geschichte des 19. und 20. sowie des beginnenden 21. Jahrhunderts verorten.

Was gibt es Schöneres, als sich nach Fertigstellung eines Buches bei denjenigen zu bedanken, denen man vieles verdankt – oder diejenigen um Entschuldigung zu bitten, bei denen dies nötig geworden ist?

Während der gesamten Entstehungszeit habe ich mich stets auf den engagierten und zuverlässigen Einsatz der studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Abteilung am Historischen Seminar der Universität Mainz verlassen können; insbesondere Benjamin Conrad, Andreas Lutsch und Sarah Manns haben mich unermüdlich unterstützt. Dankbar bin ich den in der Bibliographie aufgeführten Interviewpartnerinnen und -partnern für ihre freundliche Bereitschaft zu den Gesprächen, die mir immer wieder neue Aspekte und Perspektiven erschlossen haben. In besonderem Maße habe ich von den Anregungen derjenigen profitiert, die das Manuskript ganz oder in Teilen gelesen und kommentiert haben: Harald Biermann, Wolfgang Elz und Peter Hartmann, dessen Expertise vor allem den außenpolitischen Passagen zugute gekommen ist, und Hartmut Schiedermaier, der die staats- und völkerrechtlichen Passagen kritisch geprüft hat, wobei alle verbliebenen Fehler allein in meiner Verantwortung liegen. Von indirekter, aber nicht zu unterschätzender Bedeutung ist darüber hinaus der stets anregende Austausch, für den ich mich, neben den Genannten, insbesondere Klaus Hildebrand, Eberhard Jäckel, auf den die erste Idee zu diesem Buch zurückgeht, Alexander Brakel, Sönke Neitzel, Martin Sabrow, Mary E. Sarotte, Joachim Scholtyseck, Hans-Peter Schwarz und Andreas Wirsching sowie meinen unverzichtbaren Ratgebern in allen Lebenslagen, Ulrich Bremauer und Thomas Christ, verbunden weiß.

Unterstützt haben mich weiterhin Elena Kaplunovskaya mit der Übersetzung von Dokumenten aus der Gorbatschow-Edition sowie die hilfsbereiten Damen und Herren in den Archiven. Auf Seiten des Verlags C. H. Beck bin ich, neben Janna Rösch, Peter Schünemann und Detlef Felken, der die gesamte Entstehung des Buches mit großer Aufmerksamkeit und ebenso gutem wie wichtigem Rat begleitet hat, für die außerordentliche Sorgfalt und Umsicht besonders dankbar, mit der sie das Manuskript lektoriert haben.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz hat mir die Fertigstellung des Manuskripts durch ein zusätzliches Forschungssemester ermöglicht. Dabei gilt meinen Kollegen Michael Kißener, Jan Kusber, der auch die

Passagen zur Sowjetunion im Manuskript gelesen hat, und Matthias Schnettger mein Dank für ihr Interesse, ihren Rat und für ihr Verständnis, wenn ich mich auf verschiedenen Ebenen aus manchem habe zurückziehen müssen, um neben den wachsenden Verpflichtungen einer Professur, gerade in den Aufbaujahren, dieses Buch zu schreiben.

Noch mehr hat die temporäre innere Emigration in die wissenschaftliche Einsamkeit und Freiheit natürlich Silvana und unsere drei Töchter betroffen. Immerhin ließ sich zur Rechtfertigung geltend machen, dass auch die Jüngste das ihr gewidmete Buch bekommen müsse. Auch wenn es nicht ganz so spannend ist wie «Hörbe mit dem großen Hut», möge «Deutschland einig Vaterland» Maria eines Tages vermitteln, dass es eine bedeutende Geschichte zu erzählen hat.

Mainz, im Januar 2009

*Andreas Rödder*

**I. Tour d'horizon 1989:  
Ost und West am Vorabend  
der Epochenwende**

Originaldokument  
© Verlag C.H.Beck

**1. Zauberlehrling Gorbatschow:  
Die «Perestroika» und die Sowjetunion**

Am Anfang war Gorbatschow. Seine Politik setzte einen ungeplanten Prozess in Gang, der binnen weniger Jahre in den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums führte und der die deutsche Wiedervereinigung erst möglich machte.<sup>1</sup>

Am 11. März 1985, nach den lähmenden Jahren alter und kranker Generalsekretäre, nominierte das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion den 54-jährigen Südrussen für das Amt des mächtigsten Mannes der östlichen Welt. Intelligenter, gebildeter und weltläufiger als die typischen Vertreter der alten Riege, hatte Gorbatschow seinen zügigen politischen Aufstieg in der südrussischen Region Stawropol begonnen und dort, obgleich ursprünglich zum Juristen ausgebildet, als Experte für Landwirtschaft reüssiert. Er fiel dem reformorientierten KGB-Chef Juri Andropow auf und wurde 1978 als Sekretär des Zentralkomitees für Landwirtschaft in die Moskauer Zentrale berufen. 1980 rückte er in das Politbüro und somit in das Machtzentrum der Partei auf, deren Führung er im März 1985 übernahm und die er, wie das gesamte Land, grundlegend verändern sollte – ganz anders allerdings, als er es sich vorgestellt hatte. Dies hing nicht zuletzt mit einem Grundzug seiner Persönlichkeit zusammen: dem permanenten Versuch, Unvereinbares zu vereinbaren – Marx und Markt, Leninismus und Demokratie. Offenheit, Abneigung gegen dogmatische Festlegungen und deren Durchsetzung mit Gewalt waren die eine Seite seiner Persönlichkeit – Unentschiedenheit, Widersprüchlichkeit und Sprunghaftigkeit die andere.<sup>2</sup>

Gorbatschow ging von der Diagnose einer schweren wirtschaftlichen Krise der Sowjetunion aus, und als Therapie verordnete er Reformen. Das Rezept setzte voraus, den Patienten für heilbar zu halten, und ebendies tat Gorbatschow. Ziel seiner Reformpolitik war keineswegs, ein moribundes System endgültig zum Kollaps zu bringen, sondern es zu retten und den Kommunismus zu verbessern. Kein ideologieentleerter Zyniker, ebensowenig freilich ein marktwirtschaftlicher Demokrat westlicher Prägung, war Gorbatschow vor allem ein reformkommunistischer Idealist. Nur im festen Vertrauen auf den Sozialismus war er zu seiner weitreichenden und folgenreichen Reformpolitik überhaupt in der Lage.

Sie begann mit einer personellen Neustrukturierung der Parteikader. Ein umfangreiches Revirement an der Spitze der KPdSU und in den Provinzen brachte Reformler wie Eduard Schewardnadse als Außenminister, Alexander Jakowlew als ZK-Sekretär für Ideologie und Propaganda oder Boris Jelzin als Parteichef von Moskau in Schlüsselpositionen. Diese Maßnahmen gingen mit einer zunehmenden öffentlichen Kritik an Amtsträgern einher, ganz im Sinne des Leitbegriffs «Glasnost», als Herstellung von Transparenz, Offenheit und Öffentlichkeit. Wenn Gorbatschow dabei von «Demokratie» sprach, die das Land so nötig habe «wie die Luft zum Atmen»<sup>3</sup>, dann deutete sich ein Verständnis dieses Begriffs an, das über die sozialistische Orthodoxie hinausging. Zugleich brachte «Glasnost» ein unerwartetes Maß an Missständen zum Vorschein, das mit Einzelmaßnahmen allein, wie sich bald zeigte, nicht zu kurieren war.

Dies gilt ebenso für den zweiten Leitbegriff, die «Perestroika» (Umgestaltung), die sich nicht nur an die Funktionäre, sondern an die gesamte Bevölkerung richtete. Sie zielte in erster Linie auf verstärkte Eigenverantwortung und individuelle Leistung. Daher begann sie mit einer Kampagne gegen den allgegenwärtigen Schlendrian am Arbeitsplatz und gegen einen seiner Hauptverursacher: den Alkoholismus. Sie war symptomatisch für die unerwarteten Weiterungen und Konsequenzen der Reformpolitik. Nachdem nämlich die Herstellung und der Verkauf von Alkoholen eingeschränkt worden waren, nahm die private Schwarzbrennerei sprunghaft zu, während die Zuckervorräte knapp wurden und das Defizit im Staatshaushalt aufgrund der fehlenden Alkoholsteuern wuchs. Zudem war es mit der Bekämpfung des Alkoholismus allein nicht getan, denn dahinter taten sich grundsätzlichere Probleme auf, die weitere Re-

formen notwendig machten. Einmal in Gang gesetzt, ging der Prozess immer weiter. Ein Ende war je länger, je weniger in Sicht.

In der Praxis führte das Ziel, Eigenverantwortung und individuelle Leistung zu stärken, zu einer Flut von Gesetzen zur marktwirtschaftlichen Reform der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie verordneten begrenzte Privatisierungen und Eigenständigkeit der Betriebe, Elemente von Markt und Konkurrenz. Aber sie verbanden sich nicht zu einem geschlossenen, geschweige denn funktionsfähigen Gegenentwurf zur überkommenen Planwirtschaft oder zur westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Vielmehr unterhöhlten die Reformmaßnahmen die Grundlagen der zentralen Planwirtschaft und des politischen Systems. Teilweise brach blankes Chaos aus: Versorgungsengpässe und Schwarzmarkt, galoppierende Inflation und Streiks deuteten darauf hin, dass die Reformen eine von Gorbatschow und den Reformern nicht erwartete Eigendynamik gewannen.

Dasselbe gilt für die Geschichtsdebatte<sup>4</sup>. Als die sowjetische Regierung die bis dahin offiziell stets geleugnete Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 öffentlich eingestand, gab sie eine kritische Diskussion des staatlich verordneten Geschichtsbildes frei. Bald erreichte diese den «Großen Vaterländischen Krieg» und blieb beim Stalinismus nicht stehen, sondern erfasste auch Lenin und die Ursprünge der Sowjetunion. Die Geschichtsdebatte legte die Axt an die Wurzeln der sowjetischen Staatsideologie.

Vor diesem Hintergrund artikulierten sich Oppositions- und Separationsbewegungen, denen die Reformpolitik seit Mitte 1988 mit Demokratisierungsmaßnahmen zu begegnen suchte. Diese indessen unterhöhlten das Herrschaftsmonopol der Kommunistischen Partei und damit den Kern des politischen Systems der Sowjetunion. Die Reformen gerieten außer Kontrolle. Doch während Gorbatschow zunehmend ins Schussfeld der Kritik geriet und seine innere Basis zu erodieren begann, flogen ihm auf dem internationalen Parkett überschwängliche Sympathien zu.

Das Bemühen um internationale Entspannung war die äußere Seite der genuin ökonomischen Reformpolitik. Mit dem ostmittel- und südosteuropäischen Imperium und einem überdimensionierten militärisch-industriellen Komplex, insbesondere mit dem Krieg in Afghanistan und der

Raketenrüstung der siebziger Jahre, hatte sich die Sowjetunion gigantische Kosten aufgeladen. Weitere unabsehbare Ausgaben standen bevor, wenn der Kreml die Gegenoffensive des Westens kontern wollte, die mit der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa begonnen hatte und mit dem Raketenabwehrsystem SDI das atomare Gleichgewicht auszuhebeln drohte.<sup>5</sup>

Es lag in der Konsequenz der Reformpolitik, dass Gorbatschow, um Spielräume für innere Reformen zu gewinnen, äußere Entlastung suchte. 1988 verfügte er den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, wo der jahrelange Krieg Unsummen verschlang und offensichtlich nicht zu gewinnen war. Zugleich setzte er, als Voraussetzung für dringend notwendige technologische und ökonomische Kooperation, auf Entspannung mit dem Westen und entwarf die Vision vom «Haus Europa», in dem verschiedene Systeme Platz unter einem gemeinsamen Dach finden sollten. Vor allem eröffnete er eine abrüstungspolitische Offensive, mit der er die sowjetische Raketenrüstung der siebziger Jahre umkehrte. Die Annäherung zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der USA, zwischen Gorbatschow und dem vermeintlichen kalten Krieger Ronald Reagan in den Jahren 1986/87 war für die Zeitgenossen sensationell. Sie gipfelte im sowjetisch-amerikanischen INF-Abkommen vom Dezember 1987. Mit einem Federstrich verfügte es den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa, um deren Stationierung an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren so erbittert gerungen worden war.

Gorbatschows Popularität im Westen erreichte einen Höhepunkt, als er am 7. Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen von der «Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen»<sup>6</sup> sprach und somit dem Ost-West-Konflikt von sowjetischer Seite die Grundlage entzog. Diese unablässigen «Charme-Offensiven»<sup>7</sup> trieben die im Januar 1989 neu ins Amt gekommene amerikanische Regierung des Präsidenten George Bush im «Kampf um die Weltöffentlichkeit»<sup>8</sup> in die Defensive. Es war eine der vielen Paradoxien in der Geschichte des Ost-West-Konflikts: was den Kremlherren im Vollbesitz ihrer politischen Kräfte nie gelungen war, vermochte Gorbatschow im Moment der Schwäche – erstmals gewann ein Sowjetführer breite internationale Zustimmung, als Hoffnungsträger und Symbol der Entspannung.

Dies gilt nicht zuletzt für die Öffentlichkeit der Bundesrepublik, wo

Gorbatschow bei seinem Staatsbesuch im Juni 1989 wahre Begeisterungstürme entfachte. Die Sowjetunion sei bestrebt, «den Partner BRD enger an sich zu binden», sagte Gorbatschow selbst gegenüber der in diesen Angelegenheiten stets höchst misstrauischen DDR-Führung<sup>9</sup>. Legendäre Bedeutung, jedenfalls in der Erinnerung Helmut Kohls, hatte ein vertrauliches abendliches Gespräch zwischen Bundeskanzler und Generalsekretär im parkartigen Garten des Bundeskanzleramtes am Rhein. Beide erzählten einander von ihren Eltern, ihren Erfahrungen im Krieg, in der Stalin- und in der Hitlerzeit. Als das Gespräch auf die deutsche Frage kam, wurden einmal nicht die üblichen Floskeln ausgetauscht. Kohl sagte, wie er sich erinnert, «so sicher wie der Rhein zum Meer fließt, so sicher wird die deutsche Einheit kommen», und Gorbatschow habe nicht widersprochen<sup>10</sup>. Intern ließ Gorbatschow im Sommer und frühen Herbst 1989 eine gewisse, wenn auch nicht konkrete Offenheit erkennen; im Falle einer anhaltenden Annäherung in Europa «könne die Frage möglicherweise eines Tages anders stehen. Aber dies sei heute kein Problem der aktuellen Politik.»<sup>11</sup> Offiziell blieb es unterdessen bei der Sprachregelung von der unumgänglichen Anerkennung der «Realitäten» – des Status quo der deutschen Zweistaatlichkeit.<sup>12</sup>

Allem Anschein nach ahnte Gorbatschow nichts von den Entwicklungen, die seine Politik in Bewegung setzte. Bis in den Herbst 1989 war er offenkundig optimistisch, sein Herkuleswerk vollbringen zu können, wie er noch Anfang November gegenüber dem neugewählten SED-Generalsekretär Egon Krenz bekundete: Er wolle «nicht sagen, in der Sowjetunion habe man die Perestroika schon voll gepackt. Das Pferd sei gesattelt, aber der Ritt noch nicht vollendet. Man könne immer noch abgeworfen werden. Andererseits seien bereits umfangreiche Erfahrungen gesammelt worden, die große Bedeutung haben. Jetzt beginne in der Sowjetunion die Etappe der vertieften Arbeit zur Fortsetzung der Umgestaltung.»<sup>13</sup>

Dass er im Herbst 1989 die Kontrolle über die Vorgänge in Osteuropa verlor, zunächst im sowjetischen Imperium und dann in der Sowjetunion selbst, traf Gorbatschow unvorbereitet: «man sei offensichtlich», so Alexander Jakowlew im Dezember 1989, «an die neue Revolution etwas romantisch herangegangen und habe unterschätzt, welche große Widerstände auf ihrem Weg entstehen»<sup>14</sup>. Was im Herbst 1989 und dann bis

1991 im Machtbereich der Sowjetunion geschah, hatte Gorbatschow nicht gewollt. Er wurde zum Zerstörer wider willen, zum Liquidator eines ohnehin maroden Systems, das allerdings keineswegs alternativlos dem Untergang geweiht war. Über Jahrzehnte hinweg hatte das sowjetische System gegen alle ökonomische Vernunft existieren können, und trotz aller Strukturprobleme waren es konkrete politische Entscheidungen, die jene Krise auslösten, die sie verhindern sollten. Gorbatschows historische Bedeutung liegt darin, dass er zum einen jenen Prozess in Gang setzte, der in der Revolution von 1989 kulminierte. Zum anderen verzichtete er, als er, dem Zauberlehrling gleich, die Kontrolle über den Prozess verlor, auf den Einsatz militärischer Gewalt, um die Entwicklung aufzuhalten oder umzukehren.

## 2. Strukturkrise und Orthodoxie, Resignation und Opposition in der DDR

Perestroika sollte in der DDR nicht sein. Sich der Reformpolitik zu verweigern, war die wohl folgenreichste Entscheidung der überalterten SED-Führung in der Ära Gorbatschow. Sie klammerte sich an die überkommenen Strukturen des sozialistischen deutschen Staates auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus unter der verfassungsmäßig verbrieften Führung durch die Sozialistische Einheitspartei. Ihr Generalsekretär war der starke Mann im Staat, das Zentralkomitee der Partei war dem Ministerrat, der Regierung des Staates, übergeordnet, und das Politbüro des ZK, der kleine Zirkel führender Parteifunktionäre der SED, das eigentliche Entscheidungszentrum der DDR. Der Staatspartei waren auch die vier sogenannten Blockparteien untergeordnet, die mit der SED und weiteren Massenorganisationen in der «Nationalen Front» zusammengeschlossen waren. Der Staatssozialismus beherrschte nicht nur den Staat, sondern durchdrang auch die gesamte Gesellschaft und bestimmte die weitgehend verstaatlichte, zentral gelenkte Planwirtschaft. «Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert», so kommentierte Politbüromitglied Kurt Hager die Reformpolitik Gorbatschows im April 1987, «sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?»<sup>15</sup>

Ohne Logik war die Haltung der SED-Führung nicht, denn sie war sich der Gefahren wohl bewusst, die der sowjetische Reformkurs für die sozialistischen Regime allgemein und für die DDR im Besonderen mit sich brachte. «Wenn sich die ökonomische Basis kapitalistisch gestaltet», so der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Harry Tisch, «kann sich der sozialistische Überbau nicht halten.»<sup>16</sup> Im Alleinvertretungsanspruch auf die Wahrheit aber, erzwungen durch die Verbindung von Fürsorge für das Konforme und Unterdrückung des Dissenten, lagen die spezifische Gestalt, der totalitäre Kern und die ideologischen Lebensgrundlagen nicht nur des Regimes, sondern zugleich – anders als in jedem anderen Ostblockstaat – des gesamten Staates. Wurde die sozialistische Ideologie in Frage gestellt, dann stand in der DDR nicht nur ein Regime oder eine Staatsform zur Disposition, sondern der Staat selbst.<sup>17</sup>

Unterdessen wuchsen ihre inneren Schwierigkeiten, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker hatte die SED 1971, in der Hoffnung, durch verbesserte Lebensbedingungen die Loyalität der Bevölkerung zu gewinnen, die Maxime der «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» ausgegeben. Sie umfasste ein Bündel von Sozialleistungen, vom Wohnungsbau über eine Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten bis zum Ausbau des Erholungswesens. Ihr Problem war freilich von Anfang an die Finanzierbarkeit, denn die Wirtschaftskraft der DDR blieb stets hinter den hohen Erwartungen zurück – die Arbeitsproduktivität lag, wie sich im Nachhinein zeigte, bei weniger als 30 Prozent des Niveaus der Bundesrepublik.<sup>18</sup> Da die Investitionsausgaben zugunsten von Sozial- bzw. Konsumausgaben massiv vernachlässigt wurden, kam die gesamte Infrastruktur des Landes herunter oder wurde gar nicht erst entwickelt: die Produktionsanlagen waren völlig veraltet, allerorten verfiel die Bausubstanz, ebenso das Straßen- und Schienennetz, auf dem technisch rückständige Automobile und vernachlässigte Züge verkehrten, die Kommunikationsnetze befanden sich auf dem Niveau der Vorkriegszeit, und die Umwelt litt unter schwersten Belastungen, vor allem durch die allenthalben riechbare Verfeuerung von Braunkohle. Dass die DDR auf einer verfallenden schwerindustriellen Stufe stehen geblieben war und in den achtziger Jahren den Anschluss an die technologisch-ökonomische Entwicklung verlor, die im Westen den Sprung in das digitalisierte Dienstleistungszeitalter tat, dass

der starre Plan und der Zentralismus grundsätzlich ineffizient arbeiteten – all dies schürzte einen Knoten fundamentaler Probleme.

Eine Drosselung der sowjetischen Ölexporte, steigende Rohölpreise und hohe Kreditzinsen führten die DDR schon Anfang der achtziger Jahre in eine akute Liquiditätskrise, die sie nur mit Hilfe zweier bundesdeutscher Kredite in Höhe von insgesamt 1,95 Mrd. DM (= 1 Mrd. Euro) überwinden konnte. Die Verschuldung der DDR im Westen stieg unterdessen steil an. Vor allem der «Bereich Kommerzielle Koordinierung» beschritt immer verstiegenere Wege der Finanz- und Devisenbeschaffung, sei es durch Verkäufe von zumeist über Enteignungen eingetriebenen Antiquitäten und Kunstgegenständen oder von Blutkonserven in den Westen, durch Import von Müll aus der Bundesrepublik, durch Abschöpfung der Devisenbestände in Privathand über die Intershop-Läden in der DDR – oder durch den regelrechten «Verkauf» von politischen Häftlingen an die Bundesrepublik. Als «müheloses Einkommen BRD»<sup>19</sup> verbuchte die DDR-Führung diese westlichen Transferzahlungen, und in Bonn fand sie für das normal gewordene Grotteske durchaus manches Verständnis und Unterstützung.<sup>20</sup>

Lösen ließen sich die Finanzprobleme der DDR auf diese Weise allerdings nicht. Als Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, dem Politbüro Ende Oktober 1989 eine «Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen»<sup>21</sup> vorlegte, war dies ein verspäteter Offenbarungseid: Von einem «funktionierende[n] System der Leitung und Planung» könne keine Rede sein. «Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen [...] geführt. Dazu kommt, daß große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erbracht haben.» Das Hauptproblem lag dabei in der Verschuldung im Westen, mit der die nicht aus eigenen Leistungen erwirtschaftete Sozialpolitik finanziert worden war: von 2 Mrd. Valutamark im Jahr 1970 war sie auf 49 Mrd. im Jahr 1989 und somit «auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.» Und dann folgte der schonungslos desillusionierende Satz: «Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25–30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.»

War der Untergang der DDR im Jahr 1989 also schon aus wirtschaft-

lichen Gründen vorprogrammiert? Aus der Rückschau mag es fast so scheinen – und doch war die Zukunft für die Zeitgenossen offen. Die DDR stand 1989 vor einer bedrohlich herannahenden Zahlungsunfähigkeit, nicht aber vor dem unmittelbaren Bankrott. Die Zeiten konnten sich ändern, und noch mochte es für wirtschaftliche Reformen nicht zu spät sein, zumal das Scheitern der Perestrojka noch keineswegs ausgemacht war – und dass Reformen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung durchaus funktionieren konnten, zeigte später der chinesische Fall. Zudem besagte die Erfahrung, dass im Zweifelsfall die Bundesrepublik helfen würde. Für die Zeitgenossen in West und Ost jedenfalls galt die DDR trotz aller bekannten Strukturprobleme nach wie vor als lebens- und leistungsfähige Wirtschaftsmacht. Und was ihre fatale Verschuldung betraf, so wurde in der Bonner Ministerialbürokratie Anfang 1988 die Ansicht vertreten, sie habe «sich zwar erhöht, ist aber im Verhältnis zum Gesamtumfang des Handels keinesfalls besorgniserregend»<sup>22</sup>.

Gleichwohl beschleunigten die massiven ökonomischen Probleme die finale Krise der DDR. Bereits während der achtziger Jahre zerfiel mit der Verschlechterung der Versorgungslage auch jene gesellschaftliche «Normalisierung»<sup>23</sup>, die sich nach dem Mauerbau im Jahr 1961 verbreitet hatte – wobei sowohl die Quellen als auch die gesicherten Kenntnisse über die Gesellschaft des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates beschränkt sind, weil es der DDR an systematischer Beobachtung durch unabhängige Sozialwissenschaften sowie an freien öffentlichen Debatten mangelte, während die Wahrnehmungen im Westen hochgradig beeinträchtigt und verzerrt waren.

Nachdem die ostdeutsche Gesellschaft seit Kriegsende große Teile ihrer Eliten verloren hatte und durch die sozialistische Umgestaltung in hohem Maße entbürgerlicht worden war, hatten sich in der DDR eine parteigebundene Elite und ein System von Privilegien und Benachteiligungen ausgebildet, das sich nach Loyalität zu Staat und Partei bemaß. Bis hin zur Alltags- und Freizeitgestaltung war die Gesellschaft vom Staatssozialismus durchdrungen; der diktatorische Obrigkeitsstaat bevormundete die Menschen durch alles regulierende sozialstaatliche Fürsorge einerseits und einen immer weiter ausgebauten, zunehmend verselbständigten und stets präsenten Überwachungs- und Repressionsapparat andererseits.



Verschlechterung der Versorgungslage: Selbst für Grundnahrungsmittel müssen DDR-Bürger anstehen, wie hier 1981 in Dresden.

Als mit der Mauer die Alternative verbaut worden war, die DDR zu verlassen, hatte sich die Mehrheit der Gesellschaft innerhalb des Vorgegebenen arrangiert und angepasst, Routine und Normalität im Hinblick auf Lebensformen und Lebensgefühl ausgebildet, allerdings in einer eigentümlichen Spaltung der Lebensführung. Im öffentlichen Raum, in dem der SED-Staat mit sozialistischen Parolen und Symbolen, Ritualen und Handlungsformen legitimierende Zustimmung heischte, praktizierten die meisten Ostdeutschen Konformität, während sie sich getrennt davon Parallelwelten privater Rückzugsräume und begrenzter Autonomie eröffneten, in denen Familie, Freundschaften und Schrebergärten eine besondere Rolle spielten.

Dass die ostdeutsche Sozialkultur im Vergleich zur individualisierten und pluralisierten bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft eher traditionell und obrigkeitlich wirkte, wirft die Frage auf, ob auch in der DDR ein Wertewandel stattfand, wie er im Westen in den sechziger Jahren eingesetzt hatte<sup>24</sup>. Als einer der wenigen zeitgenössischen Beobachter in der DDR stellte Walter Friedrich, der Direktor des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, in einer Expertise für Egon Krenz im November 1988 «grundlegende Veränderungsprozesse im Denken, Fühlen und Verhalten» fest.<sup>25</sup> Dem westlichen «Wertewandel» nicht unähnlich und in

wesentlichem Maße auch aus dem Westen über die Grenzen geschwappt, lief dieser «Mentalitätswandel» allerdings langsamer und zeitversetzt ab und behielt in höherem Maße traditionelle Autoritäts- und Pflichtwerte bei. Er schlug sich, so Friedrich, darin nieder, dass die Menschen zunehmend die «Anerkennung ihrer Ansprüche und Persönlichkeit», ihrer Individualität und Selbstbestimmung und auch «Lebensgenuß» einforderten, sich gegen entmündigende «Bevormundung» und «Dirigismus» wendeten sowie «nach echter gesellschaftlicher Mitverantwortung» drängten. Sozialistische Werte im engeren Sinne, wie die Anerkennung des Marxismus-Leninismus als Lebensphilosophie oder die hergebrachten Feindbilder, «verlieren jedoch gegenwärtig stark an Attraktion.» Darüber aber werde, so Friedrich weiter, in der DDR kaum gesprochen, erst recht nicht offiziell. Kein Wunder: wenn er forderte, «wir sollten den Status quo unserer Gesellschaft mehr relativieren», dann legte er Sprengstoff an die Fundamente der DDR, in der die Zukunft keine für Neues offene Perspektive war, sondern absehbare, vorgegeben gefüllte Zeit. Auch in dieser Hinsicht offenbarte sich die «konstitutive Widersprüchlichkeit»<sup>26</sup> des zweiten deutschen Staates, in dem eine spezifische Mischung von Modernisierung und Modernisierungsverhinderung gewaltige Diskrepanzen schuf, nicht zuletzt zwischen staatlich-parteilicher Propaganda und ökonomisch-gesellschaftlicher Realität.

Ein weiteres kam hinzu: auch wenn in der DDR der höchste Lebensstandard innerhalb des Ostblocks herrschte, so stand der Bevölkerung das Gegenbild der hochentwickelten, wohlhabenden Bundesrepublik vor Augen, zumal vor dem Hintergrund der zunehmenden Versorgungsmängel und des niedrigen Lebensstandards und angesichts der unübersehbaren Zeichen des Stillstands und des Rückschritts in den achtziger Jahren. So stieg mit der Unzufriedenheit auch die Zahl der Ausreiseanträge, trotz der zu erwartenden Repressionen, von 21 500 im Jahr 1980 auf über 110 000 acht Jahre später. Dass die DDR-Führung in höherer Zahl Ausreisen genehmigte, insbesondere in zwei Wellen 1984 und 1988, öffnete allerdings kein Ventil, durch das die Unzufriedenheit abfloss. Wie ein Sog zog es vielmehr nur noch höhere Antragszahlen nach sich.

Im Laufe der achtziger Jahre machte sich Opposition in der DDR bemerkbar: der öffentlich bekundete, politisch begründete und mit der

Mobilisierung Gleichgesinnter verbundene Versuch, sich der totalitären Macht zu widersetzen<sup>27</sup>, im Unterschied zum Verhalten der Mehrheit der Bevölkerung, das durch eine «weitgehende äußere Systemförmigkeit bei gleichzeitiger innerer Distanzierung»<sup>28</sup> gekennzeichnet war.

Oppositionelle Gruppen und Dissidenten formierten sich in erster Linie im Umfeld der evangelischen Kirchen. Ursprünglich als Friedensbewegung organisiert, wandten sie sich seit den mittleren achtziger Jahren, insbesondere nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986, vornehmlich ökologischen und Menschenrechtsfragen zu. Ihre Zielvorstellungen gingen freilich, wie im Falle der Friedensgemeinschaft Jena, über das konkrete Einzelanliegen hinaus: deren Grundsätze aus dem Jahr 1983<sup>29</sup> zielten auf «aktive Auseinandersetzung mit persönlichen und gesellschaftlichen Lebenssituationen und Strukturen» (und somit auf die Bereitschaft zur Systemkritik), auf die «Kennzeichnung der Militarisierung im gesamten Leben» (gegen den propagierten «Friedensstaat» DDR), auf «persönliche Freiheit des Einzelnen» und «Mündigkeit», «eigenständige Handlungsfähigkeit und Verantwortlichkeit» (und somit auf Freiheit des Individuums entgegen dem absoluten Wahrheitsanspruch der Partei), auf «Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Dialogführung», auf «Offenheit für Neues und Andersdenkende» (und somit auf Pluralismus anstelle sozialistischen Konformitätszwangs) sowie auf «Harmonie zwischen Menschen und Natur/Umwelt» (und somit gegen die umweltzerstörenden Folgen der sozialistischen Wirtschaftsform).

Unter dem Eindruck der Reformpolitik Gorbatschows formierte sich die Opposition schließlich als Demokratiebewegung<sup>30</sup>, und so trat am Ende der achtziger Jahre die paradoxe Situation ein, dass die Sowjetunion zur Referenzgröße eher für die Opposition als für das Regime wurde, für das Moskautreue doch Zeit seines Lebens das Maß aller Dinge gewesen war. Die Oppositionsgruppen stellten die Grundlagen des SED-Staates in Frage, ohne freilich die westlich-marktwirtschaftliche Lebensform anzustreben. Ihr Leitbild lag in einem «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» in Verbindung mit «christlicher Ethik, Abrüstungsentagement und Sorgen um die Gefährdung der Existenz der Menschheit»<sup>31</sup>. Eine Wiedervereinigung Deutschlands zählte daher nicht zu ihren Zielen, vielmehr wurde die deutsche Zweistaatlichkeit auch von der ostdeutschen Opposition in aller Regel akzeptiert.

Diese stand in den achtziger Jahren freilich am Rande der Gesellschaft. Mit einem Mobilisierungspotential von höchstens 5000 Personen<sup>32</sup> war sie vorderhand keine wirkungsvolle politische Kraft. Nichtsdestoweniger fürchtete das Regime, so der stellvertretende Minister für Staatssicherheit im Jahr 1985, einen «Durchbruch im Sinne des politischen Pluralismus nach bürgerlichem Muster im Sinne der sogenannten Liberalisierung und Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse», wenn es «auch nur einer dieser Gruppierungen» gelänge, «sich als legale Einrichtung zu etablieren»<sup>33</sup>. So versuchte die Staatsmacht, die oppositionellen Gruppen von innen her zu zersetzen, und griff spätestens mit der wachsenden Präsenz oppositioneller Kräfte seit Ende 1987 zu verschärfter Unterdrückung durch den aufwändig ausgebauten Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit. Dieser bediente sich eines Arsenal von Maßnahmen, die keine Grenze zur Privatsphäre kannten, von Observierungen und alltäglichen Einschüchterungen über psychologischen Terror und Zermüßungskampagnen bis hin zur Anwendung physischer Gewalt und zu Anschlägen. Als die DDR-Führung am 4. Juni 1989 die gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking öffentlich begrüßte, war dies als Drohung dessen zu verstehen, was auch in der DDR denkbar wäre.

In der Bundesrepublik fanden die oppositionellen Bewegungen Ansprechpartner zumeist nur bei den Grün-Alternativen und in den Kirchen. Bundesdeutsche Politiker anderer Couleur und Amtsträger hielten sich angesichts der zunehmenden offiziellen Kooperation mit der DDR gegenüber der inneren Opposition zurück. Die Parteiführung der SPD hatte in den achtziger Jahren mit der SED über den «Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» verhandelt, und gerade nach Erich Honeckers Besuch in der Bundesrepublik im Herbst 1987<sup>34</sup> reiste eine wachsende Zahl von westdeutschen Ministerpräsidenten, nicht ohne obligatorischen Fototermin, nach Ost-Berlin. Diese Zusammenarbeit nahm zuweilen erstaunlich vertrauliche Formen an. Als der CSU-Abgeordnete Eduard Lintner, der als Kritiker der Situation der Menschenrechte in der DDR hervortrat, im Mai 1988 die DDR besuchen und dort auch den oppositionellen Pfarrer Rainer Eppelmann treffen wollte, bereitete die SED ein Einreiseverbot vor. Um einen Eklat zu verhindern, half der Leiter des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt mit dem Rat, den



Protokollarische Ehren: Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt den Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Erich Honecker am 7. September 1987 in Bonn.

Abgeordneten nicht einfach zurückzuschicken, sondern eine «elegantere Lösung» zu suchen – die Ost-Berlin mit einer Absage aus «Kapazitätsgründen» dann auch fand<sup>35</sup>.

Während die Opposition langsam aus dem Raum der evangelischen Kirchen herausstrat, wurden diese vom Regime an die kürzere Leine genommen und suchten ihrerseits Konflikte mit der Staatsmacht einstweilen zu vermeiden. Die Position der Kirchen in der Staats- und Gesellschaftsordnung war seit jeher besonders prekär gewesen. In der marxistisch-leninistischen Erwartung ihres Absterbens trachtete ihnen das Regime nach der Existenz, musste sich jedoch, als die Utopie nicht wie erwartet Wirklichkeit wurde, mit ihrem vorläufigen Dasein abfinden. Dabei wurden kirchliche Traditionen wie Erstkommunion und Konfirmation nach und nach durch staatliche Rituale wie die Jugendweihe abgelöst. Zudem wurden Christen politisch und gesellschaftlich benachteiligt, womit das

SED-Regime den allgemeinen Säkularisierungsprozess seinerseits beschleunigte.

Die Minderheit der katholischen Kirche hatte sich in eine selbstgewählte Ghettorolle begeben. Dabei hielt sie sich, obgleich sie das sozialistische System grundsätzlich ablehnte, auch gegenüber den Protestbewegungen unter protestantischem Dach fern. Der Protestantismus arrangierte sich demgegenüber in seinen Stammländern – in unterschiedlichem Ausmaß – als «Kirche im Sozialismus»<sup>36</sup>. Diese Formel brachte das Arrangement der Kirchen mit dem Staat ebenso zum Ausdruck wie die faktische Anerkennung ihrer Existenz durch die SED. Auf der Grundlage expliziter Systemloyalität gewannen die Evangelischen Kirchen Handlungsspielräume, deren Grenzen indessen stets die SED zog. In diesem Rahmen blieben die Kirchen die einzigen weitgehend unabhängigen Institutionen, in denen freier Meinungs Austausch möglich war. Zugleich wurden sie flächendeckend von der Staatssicherheit unterwandert, von Gemeindemitgliedern und Pfarrern bis an die Spitze: der Konsistorialpräsident des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, wurde ebenso als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS geführt wie der General-Superintendent des Sprengels Berlin in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Günter Krusche, oder der Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswald, Horst Gienke. Vertraulichkeiten zwischen den Verhandlungspartnern aus Staat und Kirche stellten sich ein.

So trug die «Kirche im Sozialismus» einen Januskopf: «Widerpart staatlicher Allmacht»<sup>37</sup> und Dach für oppositionelle Gruppen auf der einen Seite, Verhandlungspartner und teils gar konspirativer Helfer von SED und Staatssicherheit auf der anderen. Zwangsläufig war ihr Verhältnis zu den Oppositionsgruppen, die sich unter ihrem Dach sammelten, ambivalent und problembeladen. Vor diesem Hintergrund spielten die Evangelischen Kirchen im Jahr 1989 eine ebenso zentrale wie zwiespältige Rolle.

Das Legitimationsdefizit war für das SED-Regime stets ein Problem gewesen, erträglich freilich, solange die Fundamente des politischen Systems trugen. Unter dem Druck der wachsenden ökonomischen Probleme und der Auswirkungen der Reformen in der Sowjetunion gerieten ebendiese Grundlagen jedoch ins Wanken. Letztlich besaß die SED-Führung

keine systemwahren Konzepte für eine eigene Gestaltung des Wandels. Die zunehmende Resignation innerhalb der breiten Bevölkerung, die Aktivierung der Opposition und verschärfte Repressionen durch das reformunwillige Regime – all dies häufte am Ende der achtziger Jahre Konfliktstoffe in bald kritischer Masse an.

Im Nachhinein ist diese Bündelung von Problemen leicht als existenzgefährdende Strukturkrise erkennbar. Für den historischen Moment hingegen stand die DDR weder im Osten noch im Westen in Frage, auch nicht für den zeitweilig in die Bundesrepublik abgeschobenen DDR-Oppositionellen Wolfgang Templin: «Bei aller Dynamik der Reformbewegungen in der Sowjetunion und Ländern wie Polen und Ungarn und der ČSSR und DDR als Bremsern ist von einem Zerfall der Blockstrukturen noch lange nicht zu sprechen.» Seine Zukunftsperspektive hielt sich sehr viel näher an die Realitäten: «Wenn der wachsende Druck aus der Bevölkerung, die Initiativen der unabhängigen Bewegung und die verborgenen Reformkräfte der Partei endlich zueinander finden, wird die DDR ihren eigenen Weg zur Demokratie gehen.»<sup>38</sup>

Was in dem knappen Jahr zwischen den Vierzig-Jahres-Feiern am 7. Oktober 1989 und dem Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 tatsächlich geschah, war aus allen ostdeutschen Perspektiven im Sommer 1989 schier undenkbar. Kaum anders verhielt es sich in der Bundesrepublik.